

# Konferenz-Karussell dreht sich wieder

## Afghanistan-Diplomatie der Nachbarstaaten

von Thomas Ruttig

Während in Afghanistan die Kämpfe zwischen Taleban und den Regierungstruppen an Heftigkeit zunehmen, hat unter den zahlreichen Nachbar- und Anrainerstaaten eine hektische Reisediplomatie eingesetzt. Der Schock und die Sprachlosigkeit, die dem Einmarsch der Taleban in Kabul folgten, scheinen überwunden.

Allerdings schlugen die letzten Bemühungen der UNO erneut fehl. Mitte Januar hatte der UN-Sonderbeauftragte, der Deutsche Norbert Holl, Vertreter der drei wichtigsten Konfliktparteien - der Taleban, der ehemaligen Regierungstruppen unter Rabbani/Masud sowie der National-Islamischen Bewegung des usbekischen Generals Dostum - zu einem gemeinsamen Treffen nach Islamabad eingeladen. Drei Punkte standen auf der Agenda: eine Feueinstellung, die Bildung eines Ausschusses zu deren Überwachung und ein Gefangenenaustausch. Danach, so will es die UNO, soll ein Dialog beginnen, an dessen Ende eine "Regierung auf breiter Grundlage" stehen soll. Aber die Gespräche waren schnell blockiert. Masud verlangt nach wie vor eine völlige Entmilitarisierung Kabuls, was die Taleban natürlich ablehnen. Sie ihrerseits wollen erst nach einem Gefangenenaustausch weiterreden. Zudem hatten alle Seiten lediglich "Experten" ohne jegliche Entscheidungsbefugnis geschickt.

Die Gespräche waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Das meint jedenfalls der exilafghanische Professor Aschraf Ghani. Auf einer Konferenz in den USA sagte er, die alte UNO-Formel sei gescheitert, und man müsse jetzt nach neuen Formen suchen. Tatsächlich enden die Gespräche immer an der gleichen Stelle: Selbst der kleinste gemeinsame Nenner kann nicht gefunden werden, weil jede Seite glaubt, gerade sie gebe bei seiner Festschreibung am meisten auf. Der UNO muß vorgeworfen werden, daß sie das offenbar noch nicht gemerkt hat und immer noch nach dem längst ungültigen Schema verfährt: "Wenn geredet wird, wird wenigstens nicht geschossen."

Ende 1996, als Holl sich schon einmal vergeblich um einen Waffenstillstand, in erster Linie "in und um Kabul", bemüht hatte, hatte er erklärt, nur die UNO

könne eine dauerhafte Vereinbarung über ein Ende des Bürgerkrieges herbeiführen. Ein einzelnes Land allein könne den Afghanistan-Konflikt nicht lösen. Am 19. November berichtet Holl vor einer UN-Afghanistan-Konferenz in New York optimistisch, beide Konflikt-Parteien in Afghanistan hätten durch seine Vermittlung eine gewisse Annäherung erzielt. Die Taleban und ihre Gegner hätten sich "im Prinzip auf drei wichtige Punkte" geeinigt: die Entmilitarisierung Kabuls anzustreben, eine gemeinsame Polizeitruppe aufzustellen und den begonnenen Dialog fortzusetzen. Die Taleban-Vertreter hätten sich aber gegen das etwaige Eingreifen einer UN-Friedenstruppe gewehrt. An der Konferenz unter Leitung von UN-Generalsekretär Butros-Ghali hatten Vertreter von China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Italien, Japan, Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Rußland, Saudi-Arabien, Tadshikistan, der Türkei, Turkmenistan, den USA und Usbekistan teilgenommen. Keine der afghanischen Konfliktparteien war eingeladen.

Die Januar-Gespräche ließen diese Hoffnungen wieder zerplatzen.

Allerdings ist auch an Holls Vorwürfen an die "einzelnen Länder" etwas, solange diese - wie Iran und Pakistan - nicht Vermittler, sondern Partei im Konflikt sind.

Gegenwärtig versucht vor allem Iran, sich zu profilieren und Pakistan die Initiative zu entreißen. Vertreter aus Rußland, Tadshikistan, Turkmenistan, Kirgistan, China, Indien und der Türkei berieten am 29./30. Oktober in der iranischen Hauptstadt Teheran. Anwesend waren auch Beobachter der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Islamischen Konferenz-Organisation (OIC). Nicht anwesend waren Vertreter aus Pakistan, Saudi-Arabien und auch Usbekistan. Nicht eingeladen waren die afghanischen Fraktionen. Nachdem die iranische Presse zunächst gemeldet hatte, die vertriebene Rabbani-Regierung würde eine Delegation entsenden, erklärte Teherans Vizeaußenminister Abbas Maleki, daß nach Konsultationen mit anderen Staaten entschieden worden sei, die Konferenz ohne afghanische Beteiligung zu be-

streiten.

Die schiitische Regierung in Teheran sorgt sich um die östliche Flanke des Landes und betrachtet die sunnitischen Taleban als Bedrohung. Zudem befürchtet Iran, daß die USA und deren Alliierte Saudi-Arabien die Taleban dazu benutzen, Teheran langsam aber sicher einzuschnüren.

Vor allem die pakistanische Regierung in Islamabad kocht in Afghanistan ihr eigenes Süppchen und hat selbst eine umfangreiche Reisediplomatie gestartet, deren Ziel es ist, den Taleban in der Region Anerkennung zu verschaffen. Schon Tage nach dem Fall der afghanischen Hauptstadt Kabul in die Hand der Taleban Ende September schwärmten Vertreter Islamabads nach Tadshikistan, Turkmenistan und Usbekistan an den nördlichen Grenzen Afghanistans aus. Auch nach Iran entsandte Premierministerin Benazir Bhutto einen Emissär. Gleichzeitig pendelt seitdem eine pakistanische Sonderdelegation unter Führung des Innenministers Nasirullah Babar zwischen Kabul und Kandahar, dem Hauptquartier des Taleban-Chefs Mullah Muhammad Omar. Babar ist ein Ex-General der pakistanischen Armee, die allgemein als Schöpfer der Taleban gilt. Darüber hinaus versucht Islamabad jetzt innerhalb Afghanistans zwischen den Taleban und der vertriebenen Regierung unter Staatspräsident Burhanuddin Rabbani zu vermitteln. Besonders umworben ist der Usbeken-Führer General Raschid Dostum, der im Norden Afghanistans ein unabhängiges Gebiet kontrolliert und der den Taleban militärisch gleichwertig ist.

Auch der pakistanische Staatspräsident Faruq Leghari ist in die diplomatische Initiative Islamabads eingebunden. Schon am 19. Oktober besuchte er seinen usbekischen Amtskollegen Islam Karimow in Taschkent. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen beide hernach von "einer breitgefächerten Regierung, der Vertreter aller ethnischen und religiösen Gruppen in Afghanistan angehören sollen". Pakistanische Diplomaten behaupten zudem, daß die drei Hauptfiguren des afghanischen Dramas, die Taleban, Dostum und der Kommandeur der Regierungstruppen Ahmad Schah Masud, in die Bildung einer ge-

meinsamen Kommission eingewilligt hätten. Jeweils sechs Vertreter jeder Partei sollten dort über den Austausch von Gefangenen und einen Waffenstillstand verhandeln.

Die Gründe für die Abwesenheit Usbekistans auf dem Treffen in Teheran sind bislang jedoch vielen Beobachtern nicht klar. Offenbar wünscht Taschkent, daß die afghanischen Provinzen an seiner Grenze auch weiterhin unter Kontrolle Dostums bleiben und so ein Glacis gegen islamisch-fundamentalistische Einflüsse in Usbekistan bilden. Wie alle seine Amtskollegen in den islamischen Republiken Zentralasiens besteht Staatschef Karimow auf einer strikten Trennung zwischen Staat und Religion.

Bewegung in die Verhandlungen versucht auch die OIC zu bringen, deren Sekretariat in der saudiarabischen Hafenstadt Jeddah angesiedelt ist. Der OIC-Sondergesandte für Afghanistan, Scheich Ibrahim Saleh al-Bakr, hat inzwischen Gespräche mit Dostum und dem Taleban-Chef Omar über einen Waffenstillstand geführt. Zudem hat die OIC Jeddah als Ort für eine spätere Friedenskonferenz vorgeschlagen. Ihr Sprecher Ibrahim Saleh Bakr empfahl den Kriegsparteien, einem bedingungslosen Waffenstillstand zuzustimmen. In Islamabad schlug er Ende 1996 vor, etwa 60 bis 100 Mitglieder seiner Organisation und der UNO sollten seine Einhaltung überwachen. Wenn sich die Führer der Par-

teien darauf geeinigt hätten, würden sie von Saudi-Arabien nach Dschidda eingeladen, um über einen Frieden und eine Übergangsregierung zu verhandeln.

Im November unterstützt der vertriebene Präsident Burhanuddin Rabbani die Vorschläge der UN-Konferenz. Er plädiert für eine Verhandlungslösung im Konflikt um Kabul. In Paris erklärt er, seine Truppen hätten nicht die Absicht, Kabul mit Gewalt zurückzuerobern, und ruft die Taleban auf, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Mit Rücksicht auf Zivilisten würden weder die Stadt noch die Stellungen der Taleban bombardiert. Die Taleban hingegen weisen diese Lösungsvorschläge als nicht im Sinne des afghanischen Volkes zurück.

## Bücher

**McDowell, Christopher: Sri Lankan Tamils, Migration, Settlement and Politics in Switzerland.** Providence, Oxford: Berghahn Books. 308 S. ca. DM 80,-.

Einen kritischen und unabhängigen Blick auf Tamilen und Schweizer bietet die Analyse des englischen Ethnologen Christopher McDowell, der sich auf Asylprotokolle und eigene Interviews stützt. Die unter den britischen Kolonialherren aufgestiegenen Tamilen Sri Lankas wurden nach der Unabhängigkeit 1948 unter der autoritären Regierung der sinhalesischen Bevölkerungsmehrheit langsam ihrer Rechte enthoben. Schon früh gingen Tamilen ins Ausland, doch erst nach den Ausschreitungen von 1983 kam es zu einem Massenexodus. Die Zahl der Tamilen in der Schweiz stieg zwischen 1983 und 1991 von 800 auf über 7.000 und mittlerweile leben dort etwa 25.000, dies ist der höchste prozentuale Bevölkerungsanteil der Tamilen in Europa.

In der Schweiz konnten Tamilen in der Hochkonjunkturphase leicht Arbeit finden und somit ihre Familien finanziell unterstützen. Zusätzlich nutzten professionelle Schleppergruppen die durchlässigen schweizer Grenzen aus. Erst das Rückführungsabkommen mit Sri Lanka wirkte ab 1994 abschreckend.

Mit der Zeit veränderte sich die Zusammensetzung der Migrantengruppen. Zu Beginn kamen überwiegend junge Männer aus der Mittelschicht aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, später junge Tamilen aus unteren Schichten und aus ländlichen Gebieten. Diese waren meist eher schlecht ausgebildet, länger in den Bürgerkriegswirren eingebunden und stärker politisiert. Auch der Frauenanteil stieg mit der Zeit und es kam neben arrangierten Ehen in der Schweiz zu Kettenmigrationen und zum Familienzuzug.

Innerhalb der Exiltamilen in der Schweiz weist McDowell auf verschiedene Differenzierungsprozesse und Spaltungen hin. Die frühen, meist hochkastigen Migranten fürchten, daß die "Neuen" mit ihren modernen Einstellungen und der Ablehnung des Kastenwesens den guten Ruf der Tamilen in der Schweiz ge-

fährden könnten. Neben diesem eher religiös bedingten Konflikt besteht auch einer zwischen "Jaffna"-Tamilen und Tamilen aus anderen Regionen. So haben sich Tamilen von der nordwestlichen Insel Pungudutivu, die in Sri Lanka oftmals wie Hausierer behandelt werden, im Schweizer Exil einen Status ("starke Diaspora") erarbeitet, der ihnen von Jaffna-Tamilen geneidet wird. Doch auch die politische Rivalität zwischen den auch in der Schweiz dominanten "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) und andersdenkenden Tamilen reicht in das Exil. Die LTTE entwarf das Bild einer "Opfer-Diaspora", das nicht allgemein akzeptiert wird und Kämpfe zwischen den Fraktionen rücken die Tamilen in ein schlechtes Licht. Weitere Probleme lassen sich an der Situation der tamilischen Frauen festmachen, die oftmals wegen einer fehlenden Integrationspolitik isoliert sind.

McDowell setzt sich in seinem Buch für außenpolitische Initiativen ein, die, mit anderen europäischen Staaten abgestimmt, den Druck auf Sri Lanka zur Einhaltung der Menschenrechte verstärken und in der Wirtschaft arbeitsintensive Produktionen fördern solle. Letztlich sollten auch die tamilischen Flüchtlinge verstärkt in die Entwicklung von Lösungsstrategien eingebunden werden, insbesondere bei Rückführungsfragen. Somit dürfte diese Publikation, auch wenn sie auf englisch erschienen ist, die ins Stocken geratene Diskussion um die Tamilen in der Schweiz weder beleben.

Christof Mathis

**Matin Baraki: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978.** Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Berlin u.a. 1996 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 299). 690 S., 168 DM.

Brigitte Erler hat in ihrem Buch Tödliche Hilfe als erste die negativen Folgen der Entwicklungshilfe im Süden aufgezeigt. Der Titel wurde zum geflügelten Wort, das Buch fast schon zum Klassiker. Was sie 1985 am Beispiel Bangladesch darlegte, hat jetzt der in Marburg lebende Afghane Matin Baraki mit der (bundes)deutschen Entwicklungshilfe für sein Heimatland nachvollzogen, eingebettet in eine akribisch